

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Gasse Nr. 5/6, und durch Postbesteller zu beziehen. Preis vierteljährlich 12. 2. 50, von Woche 30 Pf. Durch die Post bezogen 12. 2. 50, frei ins Haus 12. 2. 90. Im Jahre 1908 am 1. Febr. 1908.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Infektionsgefahr durch die unhygienische Toiletten oder deren Mangel. 25 Pfennige für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen. 15 Pfennige für sonstige Anzeigen. 25 Pf. Inserate für die nächste Nummer nach dem 1. Sonntag 1 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 39.

Sonnabend, den 15. Februar 1908.

19. Jahrgang.

### Breslauer Haushalt.

Die Generaldebatte um den Breslauer städtischen Etat, die sonst meistens in einer Sitzung erledigt zu werden pflegt, ist in früheren Jahren fast ganz lang- und klinglos vorübergegangen, scheint sich 1908 zu einem umfangreichen Nebenkampf auszuweiten, denn auch die gestrige Fortsetzung der Diskussion führte noch zu keinem Schluß, eine statische Anzahl von Rednern bleibt für die nächste Sitzung eingezeichnet. Allerdings kamen bei der letzten Sitzung auf den Magistratsbänken nur simple drei Stadtverordnete zu Wort. Den Reigen eröffnete der Herr Oberbürgermeister mit einem umfangreichen Speech, der seine Spitze gegen den wegen Krankheit abwesenden Etatsreferenten Dettlinger richtete, mit welchem nur uns vor einer Woche an dieser Stelle auszuweisen waren. Diese bürgermeisterlichen Ausführungen finden unsere Leser ebenso wie die Reden des Herrn Hamberger von der Linken und des Herrn Justiz Beudner von der rechten Seite des Hauses im regulären Stadtverordnetenbericht; hier an dieser Stelle interessiert uns nur die Auseinandersetzung zwischen dem sozialdemokratischen Stadtratredner und seinem bisher einzigen Gegner, dem Oberbürgermeister Dr. Bender, soweit derselbe in seiner zweiten, noch längeren Rede sich äußerte.

#### Stadtverordneter Böbe

führte aus: Dem Bedauern des Herrn Vorsitzers über die Krankheit unseres vorerwähnten Etatsreferenten, Herrn Dettlinger, schreibe ich mich an, besonders auch, weil ich gezwungen sein werde, gegen ihn zu polemisieren. Und zwar schon bei dem Punkte, den er den „großen Zug zur Sparbarkeit“ nannte. Wie leicht der „große Zug zur Sparbarkeit“ in den kleintlichen Zug zur Kleinigkeit ausarten kann, hat die erste Sitzung des Statusausschusses bei den Promenadenbauplänen bargehen. Ich kann es nicht als die Aufgabe der Verwaltung betrachten, an dem Etat so viel abzustreichen, daß unter keinen Umständen eine Steuererhöhung erfolgt, sondern wir sollten nur insoweit Sparmaßnahmen üben, wo die großen Ausgaben im Armen- und Krankenwesen und in der Gesundheitspflege keinen Schaden erleiden. Das sage ich, obgleich meine Wähler von der Strafe und den Steuererhöhungen der Arbeitgeber am meisten getroffen sind.

Der Armenetat würde noch stärker gestiegen sein, wenn nicht die Arbeiterverbände durch 100.000 Mark Arbeitslosen- und Krankenunterstützung viele Familien vor dem Anheimgang an die Armenpflege bewahrt, und sich so

#### einen freiwilligen Armenetat

ausgebildet hätten; der Stadt bleiben nur die Witwen, Waisen, Invaliden und Alten. Wenn aber die Krise weiter schreitet, dann wird die Stadtverwaltung durch Notstandsarbeiten in den nächsten Winter dem wachsenden Elend weichen müssen. Nach Aussage des früheren Kammerers, Herrn Krite, sind frühere Notstandsarbeiter so fleißig und geschäftig gewesen, daß die Stadt dabei keine Einbuße erlitt, aber selbst vor einer solchen dürfen wir nicht zurückweichen. So angenehm unter der Herrschaft des Privatbesitzes für den Staat die Einkünfte der Steuerzahler sind, die sich bei uns niederklassen, weil sie weiter nichts zu tun haben, so kann sich unsere Finanzgebarung doch nur auf den sicheren Fundamenten von Industrie und Handel aufbauen. Sind nicht auch die 26 Prozent Gewinn der Gaswerke und die 18 des Elektrizitätswerks zum guten Teil von den fleißigen Händen der dortigen Arbeiter genommen.

Die Steuererhöhung wird nur unter einem Gesichtspunkt beabsichtigt, nämlich wenn

#### die Schlachtsteuererhöhung

in die mageren Jahre trifft. Dann wird sich die Warnung der Gegner dieser Steuer erfüllen und man wird bedauern, daß man ihrem Wunsche nicht gefolgt ist, diese Abschaffung in die letzten Jahre zu verlegen. Doch der Herr Oberbürgermeister hat nach Versicherung ihm nahe stehender Blätter im Magistratskollegium gegen die Schlachtsteuer gesprochen. Seiner Ueberzeugung ist es offensichtlich gelungen, uns vor einer Verlängerung selbst dann zu bewahren, wenn die reichsgesetzliche Möglichkeit durch die bekannter Petitionen erzielt werden soll. Es wird aber auch Aufgabe der Stadt sein, durch

#### Kommunalen Fleischverkauf

im Schlachthofe oder in den Markthallen die Fleischer zu zwingen, den Preis um die Steuerdifferenz zu senken. Das ist auch in Karlsruhe, Diederhofen und Landsberg geschehen. Unsere Gemeinden weiten sich immer mehr zu Wirtschaftsgemeinden aus und wir dürfen nicht in den Fehler unserer Vorgänger verfallen, die durch ihr Verhalten in den Straßenbahnfragen uns genötigt haben, heute die toten Vinten zu fahren, während die respektablen Gewinne der rentablen Straßen in Privatbesitz verbleiben.

Ferner wird der Magistrat bei der Deckungsfrage erwidern müssen, ob er nicht die Läden der heutigen Wertzuwachssteuer-Ordnung ausfüllen kann,

#### damit der Prellererei vorgebeugt wird,

welche diese reichen Steuerpflichtigen nach Aussage des Kammerers jetzt berüben. In einer Zeit, wo Reich, Staat und Stadt Schulden machen, der Mittelstand kämpft und die Arbeiter um jeden Pfennig Lohn ringen müssen, können wir nicht züchtig zusehen, wie Spekulant ohne eigenes Verdienst und Würdigkeit aus den Holzposten in die Geldtaschen hineinschneidet, weil ihr Grundstück bei Breslau und nicht bei Newmark liegt. In Gatz sind die Grundpreise nach Mitteilungen des Oberbürgermeisters um Doppelte, in Schelling um Dreifache, bei Giesenthal ums Vierfache und am Schlachthofe ums Fünffache gestiegen. Diese Steigerung hat nicht ein sozialdemokratischer Utopist, sondern der königlich preussische Professor Adolf Wagner ein „Stadtgeschenk“ genannt. Wir wären Verwunder, wenn wir uns diesen Gewinn entgehen ließen. Zu den Objekten, die in Herrn Dettlingers Referat der Parität empfohlen wurden, gehört

#### die Renovation einer Milchküche.

Die Gründe die ihn dazu führten, treffen aber nicht zu. Die Parität der Milchmehrkosten kann nicht herbeigeführt werden.

wenn von 12.000 Breslauer Schülern 300 durch die Milchküche versorgt werden. Diese Schicksale hängt doch auch noch von anderen Umständen ab, von der Wohnung, der mütterlichen Gesundheit, die wir hier nur sehr indirekt beeinflussen können. Sollen wir da bei dem einzigen direkten Mittel, das wir anwenden können, der Nahrungsfürsorge, Halt machen? Auch die Bedenken ärztlicher Sachleute betreffen Nebenbinge, die wir bei der Spezialberatung behandeln werden. Es ist ein bedrückendes Gefühl, das die beantragte Erweiterung der Milchküche, neben der Flußbadeanstalt die einzige sozialpolitische Neuerung, hier abgelehnt werden soll. (Unruhe.) Wenn es Ihnen nicht um das Geld zu tun ist, dann werde ich nach Ablehnung der Milchküche sofort

#### Stipendien für krankenbedürftige Mütter

in der Höhe der etwa ausgefallenen Summe beantragen. Die Krankenkassa in den städtischen Pflegeanstalten soll etwas verbessert werden, vielleicht legt sich der Magistrat die Frage vor, ob das nicht auch in den großen Krankenhäusern geschehen kann, wo Kranke und Wärter über kleine Essen-Portionen klagen.

Zur Armenpflege empfehle ich immer wieder die Veranstaltung von Arbeitnehmern, welche in städtischen und öffentlichen Pflanzungen, die gewiß auch mit Pflanzstoffen und Nachsorge ihres Amtes walten, durch Sachkunde zu unterstützen.

#### Für die Schulpflege armer Kinder

wird ersuchen, eine Erhöhung der Ausgabe von 2000 auf 5000 Mark verlangt. Die bittere Notwendigkeit zwingt dazu. Die Privatwohltätigkeit brachte kaum noch die Mittel für den Monat Januar zusammen. Wir bleiben auch dann noch weit zurück hinter Hamburg mit seinen 12.000, Hannover mit seinen 15.000, Mannheim mit seinen 21.000 Mark, die für gleiche Zwecke aufgewendet werden. Die Entwicklung geht aber auch hier zur städtischen Versorgung, die Stuttgart seit dem 1. Oktober 1907 herführt. Ich halte es für eine große Aufgabe der Städte, die kleinen Wesen, die ohne eigene Schuld in eine unheilvolle soziale Lage kommen, nicht nur mit geistiger Nahrung zu versehen, sondern auch dafür zu sorgen, daß der kleine Körper nicht zerbricht, der diese Nahrung aufnehmen soll. Vielleicht schrecken Sie vor diesem Gedanken zurück, dann verweise ich Sie auf die Vaterlandsverteidiger, die auf allgemeine Kosten sogar mit Nahrung, Kleidung, Wohnung und Verpflegung versehen werden. Ich werde zunächst eine Statistik beantragen, in welcher mit Hilfe der Direktoren und Lehrer festgestellt wird, wie viel Breslauer Kinder ohne ein warmes Frühstück in die Schule gehen und dann alljährlich um die Erhöhung des Betrages ersuchen.

Neben der 7. Haushaltungsschule erfreut mich die kleine Summe von 500 Mark, welche für den Besuch des Zoologischen Museums durch Volksschüler aufgewendet werden soll. Vielleicht ist das ein Stimmetzen zu dem Grundsatze:

#### „Dinaus in die Natur!“

„Ein zum Anschauungsunterricht!“ Auch andere Museen sollten besucht werden, der Zoologische Garten unter kundiger Führung, dann aber auch Wald und Feld. In der Natur sollte das Kind die Pflanzen kennen lernen, dann würde manche Flachsmänerlei weichen. Das „Buch-Gemühter“ zu vier Teilen“ ist auch in Breslauer Schulen noch nicht ausgeteilt. In derselben Richtung bewegt sich die Erweiterung des Gatziger Schulgartens, die mit allen biedrigen Bureaufraßen und kugelrunden Philistern zum Trotz durchgehen müssen. (Unruhe.)

Die Gehaltssteigerung für Lehrpersonen ist wohl eine einfache Pflicht der Gemeinde. Von Herrn Gumburger wünschte ich soviel Sorgfalt für die Volksschulhäuser, wie er sie für die höhere Mädchenschule gezeigt.

Bedenklich erschien mir bei der Fortbildungsschule, daß gerade der Gemüthsrede des Herrn Dettlinger Weisheit gepredigt wurde. Geben Sie nicht Ihre eigenen Hoffnungen, Ihre eigenes Mittelstandsprogramm auf, wenn Sie an der

#### Fortbildung der Handwerker

verzweifeln? Da bin ich ein größerer Optimist als Sie, es fehlt meiner Meinung nach nicht an Intelligenzen, sondern den Intelligenzen fehlt es an Zeit und Geld. Wenn die Hausleute Lehrlinge deshalb nicht mehr annehmen wollen, weil diese die Fortbildungsschule besuchen müssen, dann wirft das auf ihre Liebe zum Beruf ein trübes Licht. Wir müßten dann durch Einrichtung weiblicher Fortbildungsschulen den Widerstrebenden einen Ausweg verbauen.

In einer andern Sache aber muß ich gegen die Handlungsweise des Magistrats den schärfsten Protest erheben, nämlich wegen der

#### Entziehung der städtischen Turnhallen,

mit welcher gegen den Arbeiterturnverein „Freie Turnerschaft“ vorgegangen wurde. Sechs Jahre sind die Turnhallen ohne Pflege benützt worden, trotz aller Inspektionen ist nichts bemerkt worden. Man kann den Turnern höchstens den Vorwurf machen, daß sie außerhalb der Halle, in öffentlichen Verammlungen oder in ihrer Zeitschrift diese soziale demokratische Ueberzeugung äußerten, der sie schon vor sechs Jahren huldigten. Nichts war vorgefallen, ohne ein Wort, ohne eine Mißfrage kam eines Montags der Absagebrief und Dienstag wurden sie aus den Turnhallen hinausgeworfen. Wie man lästige Ungeziefere abschüttelt, so hat der Magistrat Bürger der Stadt behandelt, die auch nach keinen Grundbüssen gleichberechtigte Menschen sein sollen. In unserem Etat gibt es eine lange Reihe von Verleuten, die von der Stadt eine Vergünstigung erhalten, ich frage den Magistrat ob er einen einzigen so herrlich, so rüchlos, so willkürlich behandeln würde als diese Arbeiter. Ich will nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß sich um mich herum bald eine größere Zahl von Gefährten versammeln, die hier ihrer Entrüstung über ein solches Benehmen Ausdruck geben. (Unruhe.)

Beim Friedhöfsrat wird es nötig sein, daß die Stadt ihr Hausrecht einer Korrektur unterzieht. Von den Begräbnisplätzen, für die wir 100.000 Mark Aufschuß bezahlten, auf denen aber die Kirchengebäude zu herrschen scheinen, ist

#### der freireligiöse Prediger, Herr Richter, verwiesen

worden, als er einem seiner Gemeindeglieder die Grabrede halten wollte. Der Staat hat diesen Mann als Religionslehrer zugelassen, die Stadt läßt ihn auf ihren kommunalen Friedhöfen nicht sprechen. Dann sind Franzosen zurückgewiesen worden, zuletzt vom katholischen Pfarrer Zimbal, die einem verstorbenen Kameraden Kränze mit roten Schleifen auf's Grab legen wollten. Wären diese roten Kränze nicht dieselbe Demonstration, als die blauen des Logenbruders und die schwarz-weiß-roten des Kriegers? Etwas mehr Duldsamkeit und Parität wäre hier sehr am Platze! Das Hausrecht auf

den Friedhöfen muß klargestellt werden, schon im Hinblick darauf, daß es ja selbst in Preußen einmal zur Errichtung von Krematorien kommen wird und diese Frage dann aktuell würde. Der Etatsreferent hat auch opponiert gegen die

#### Errichtung einer neuen Flußbadeanstalt,

die ihm nicht genügend begründet erschien. Die Benutzung dieser Anlagen hängt sehr vom Wetter ab, eine Benutzungsstatistik ist schwer zu beschaffen, einmal hat das Hochwasser die statistischen Aufzeichnungen von 3 Jahren fortgeschwemmt. Aber sollten Sie nicht jeden Fortschritt begrüßen, der in der Sauberkeit, diesem Teile der Gesundheitspflege gemacht wird? Müßten Sie sich auch da noch hemmend in den Weg stellen? Es ist wie bei den Brausebädern. Die Statistiker, das äußere Nikolaitor warten auf eine Badeanstalt. Da heißt es: Auf den Leichadern ist eine im Bau. Wenn jemand beim ersten Ausstehen dieses Planes mit dem Baden aufgehört hat bis die Anstalt fertig wird, bei dem wird sich eine nette Strafe Schmutz angeammelt haben. (Weiterkeit.)

Zu den Landdankungen hätte ich höchstens zu bemerken, daß der Magistrat im Anschluß an sie die Bildung von Schrebergärten in allen Teilen der Stadt begünstigen möge.

Auch die Arbeiterlöhne sind als Grund für die mäßige Gestaltung des Etats angeführt worden. Daß dieselben eine naturgemäße Folge der Preissteigerung waren, hat auch der Oberbürgermeister zugeben müssen.

#### Ich bitte um eine genaue Statistik der Arbeiterlöhne

in allen Betrieben, damit Sie sich ein Bild der Steigerungen für den einzelnen Mann machen können und auch über ihre Gesamtkosten. Was der neue Etat an Erhöhungen versteht, ist sehr geringfügig; für die Laternenwärter sind es 10 Pf. pro Tag alles in allem 7000 Mark. Aber die Arbeiter wollen in Anbetracht der Finanzlage, in Anerkennung der Aufbesserungen, die ihnen bisher geworden sind, im Augenblick keine weiteren Forderungen stellen, sie begnügen sich mit kleineren, wenig kostspieligen Wünschen. Das soll nicht bedeuten, daß ihre Löhne nun zufriedenstellend wären, — es gibt noch Maschinisten mit 25, 26 Pf. Stundenlohn, — aber über das Tempo wölber wir in diesem Jahre einig sein. Der Gemeindefürsorgeverband wünscht vom Magistrat nur, daß er

#### den niederen Beamten

#### die Kürzung des Koalitionsertrags unter sagt,

von denen ich Ihnen bei den Einzel-Etats Mitteilungen machen werde. Ueber rührige Koalitionswörter kann man sich doch wirklich nicht mehr beschweren, die Gemeindefürsorge haben sich einen Knigge gekauft, sie sind die reinen Sozialisten geworden. (Weiterkeit.) Sie wünschen nur, daß die Beamtentätigkeit des Verdienstes der Kantalarbeiter im Winterhalbjahr und die Ungleichmäßigkeit der Entlohnung bei den verschiedenen Straßenmeisterern abgestellt würde. Auf das Strafsystem im Schlachthofe, die Schutzbrücke für Röhrlager, die Kostlieferungen an Gasarbeiter komme ich bei der Spezialberatung zu sprechen.

#### Im Stadttheater-Etat

ist uns noch nichts mitgeteilt worden, wie die Wünsche des Direktors und die Petitionen der Dreiermittglieder und Chorsänger zu erledigen sein werden. Dabei wird auch etwas zu sagen sein über den Gehalt und die vielen kleinen Ländchen im Etat der verschiedenen Einnahmen und Ausgaben. Ich meine die 20.000 Mark Subvention an den Arbeiterverein, die mit den neuen Forderungen doch in einer gewissen Verbindung stehen.

Gegen die starke Erhöhung der Volksschulhäuser können wir uns nicht wehren, es ist interessant, die Sozialistensozialität des Kammerers wie des Etatsreferenten gegenüber dem Landtag in dieser Frage zu beobachten. Das Künftige der Breslauer Bürger, das ein wirkliches Wahrecht hat und dieses Wahrecht auch ausübt, hat

#### die Herren Strofer, Ziech und Wagner

mit der Vertretung im Landtag beauftragt. Die Parteien dieser drei Herren bilden die große Majorität des Abgeordnetensaules und hier wird von herkömmlicher Seite festgestellt, daß ihre Haltung lächerlich und lächerlich ist. Es liegt also an dem, was gegenwärtig die entrechteten Bürger aus Preußens Verfassung, am Wahrecht, am Treiben der Wahl! Und des 6-18 möchte ich auch von dieser Stelle aus den benannten Breslauer Wägern, die in den letzten Wochen energisch und herb gegen dieses Wahrecht demonstrierten, meine Anerkennung aussprechen. (Langes Schweigen.)

Nachdem Redner beendet, nahm der Chef des Magistrats unmittelbar seine „Widerlegung“ auf. Mit der Steifigkeit eines ohpreussischen Junkers verteidigte er die Willkürakte seiner Verwaltung selbst dort, wo ihnen die Ungezügeltigkeit brennend aus den Augen leuchtet. Er fand die Ausstellungen anderer Genossen teils komisch, teils unberechtigt und die Handlungsweise seiner Beamten in allen Punkten einseitig rein, ja beinahe zu gemäßigt. Darüber wird ja noch ein Wort zu reden sein, nicht ein einziger der von Herrn Oberbürgermeister erhobenen Einwände soll unerwidert bleiben. Bietet sich beim Generaletat dazu keine Gelegenheit mehr, dann wird es sicher bei den Spezialetat geschehen. Die patriotische Pause gegen die Arbeiterturner haben die Demagogenvorfänger Metternich, Schmalz und Konforten gegen den ach so unpolitischen Heber Ernst Moritz Arndt und gegen den Turnvater Jahn und seine deutschen Turner schon viel schöner gehalten, was aber die Lieder des Herrn Ober betrifft, so werden wir ihm mit drastischen Gegenbeispielen dienen. Wie rückgratlos stellt sich demgegenüber die Verteidigung dar, die der Oberbürgermeister der Kritik kirchlicher Schikanen auf den städtischen Friedhöfen entgegensetzt! Alle liberalen Blätter müden täglich entrüstet über katholische Intoleranz bei protestantischen Begräbnissen auf, dieselbe Intoleranz gegen Freireligiöse geübt, bringt den Ober nicht in Harnisch. Wie zwerghaft klein ist sein Mut gegenüber solchen kirchlichen Uebergriffen im Verhältnis zu der sechsfach geladenen Entrüstung, mit welcher er die Gemeindefürsorge über den Haufen schießt und mit welcher Leichtfertigkeit er hier seine Unrichtigkeiten und Ungezügeltigkeiten gegen den Gemeindefürsorgeverband vor. Der gefährliche Reichth, der 25 Jahre in städtischen Diensten



Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Brauhausstr. 8/9, und durch Postportale zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, von Bonn 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.99, im Jahre 1908 aus D. M. 2.84.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verantwortungsbereich: Verantwortlich für die inhaltliche Korrektheit über deren Namen: Dr. W. W. W. für Arbeitsmarkt, Preis- und Veranlassungsfragen: 15 Pfennig. Kassenbuch: 25 Pf. Zulassung für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 3 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 39.

Sonnabend, den 15. Februar 1908.

19. Jahrgang.

### Breslauer Haushalt.

Die Generaldebatte um den Breslauer städtischen Etat, die sonst meistens in einer Sitzung erledigt zu werden pflegt und in früheren Jahren fast ganz lang- und langlos vorüberging, scheint sich 1908 zu einem umfangreichen Redekampf auszuweiten, denn auch die gestrige Fortsetzung der Diskussion führte noch zu keinem Schluß, eine städtische Anzahl von Rednern bleibt für die nächste Sitzung eingeteilt. Allerdings kamen bei der starken Nebelstimmung auf den Magistratsbänken nur simple drei Stadtverordnete zu Wort. Den Reigen eröffnete der Herr Oberbürgermeister mit einem umfangreichen Speech, der seine Spitze gegen den wegen Krankheit abwesenden Staatsreferenten Dettlinger richtete, mit welchem wir uns vor einer Woche an dieser Stelle auseinandergesetzt haben. Diese bürgermeisterlichen Ausführungen finden unsere Leser ebenso wie die Reden des Herrn Hamberger von der linken und des Herrn Justizrat Peucker von der rechten Seite des Hauses im regulären Stadtverordnetenbericht; hier an dieser Stelle interessiert uns nur die Auseinandersetzung zwischen dem sozialdemokratischen Stadtratredner und seinem bisher einzigen Gegner, dem Oberbürgermeister Dr. Bender, soweit derselbe in seiner zweiten, noch längeren Rede sich äußerte.

#### Stadtverordneter Böbe

führte aus: Dem Bedauern des Herrn Vorsitzers über die Krankheit anderer vortrefflicher Staatsreferenten, Herrn Dettlinger, schreibe ich mich an, besonders auch, weil ich gezwungen sein werde, gegen ihn zu polemisieren. Und zwar schon bei dem Punkte, den er den „großen Zug zur Sparsamkeit“ nannte. Wie leicht der „große Zug zur Sparsamkeit“ in den kleinsten Zug zur Verschwendung ausarten kann, hat die erste Sitzung des Etat-ausschusses bei den Promenadenbaumpfläzen dargetan. Ich kann nicht als die Aufgabe der Versammlung betrachten, an dem Etat so viel abzuhacken, daß unter keinen Umständen eine Steuererhöhung erfolgt, sondern wir sollten nur insoweit Sparsamkeit üben, wo die großen Aufgaben im Armen- und Bildungswesen und in der Gesundheitspflege keinen Schaden erleiden. Das sage ich, obgleich meine Wähler von der Krise und den Steuerausläufen der Arbeitgeber am meisten getroffen sind.

Der Armenetat würde noch stärker gestiegen sein, wenn nicht die Arbeiterverbände durch 100,000 Mark Arbeitslosen- und Krankenunterstützung viele Familien vor dem Abheimsinken an die Armenpflege bewahrt, und sich so

#### einen freiwilligen Armenetat

aufgebürdet hätten; der Stadt bleiben nur die Witwen, Waisen, Invaliden und Alten. Wenn aber die Krise weiter schreitet, dann wird die Stadtverwaltung durch Kostandsarbeiten im nächsten Winter dem wachsenden Elend steuern müssen. Nach Aussage des früheren Kammerers, Herrn Körte, sind frühere Kostandsarbeiter so fleißig und geschäftig gewesen, daß die Stadt dabei keine Einbuße erlitt, aber selbst vor einer solchen dürfen wir nicht zurückschrecken. So angenehm unter der Herrschaft des Privateigentums für den Stadtbüchel einige reiche Steuerzahler sind, die sich bei uns niederlassen, weil sie weiter nichts zu tun haben, so kann sich unsere Finanzgebarung doch nur auf den sicheren Fundamenten von Industrie und Handel aufbauen. Sind nicht auch die 26 Prozent Gewinn der Gaswerke und die 18 des Elektrizitätswerks zum guten Teil von den fleißigen Händen der dortigen Arbeiter genommen. Die Steuererhöhung wird nur unter einem Gesichtspunkt bedenklich, nämlich wenn

#### die Schlachtsteuererhebung

mitten in die mageren Jahre trifft. Dann wird sich die Warnung der Gegner dieser Steuer erfüllen und man wird bedauern, daß man ihrem Wunsche nicht gefolgt ist, diese Abschaffung in die fetten Jahre zu verlegen. Doch der Herr Oberbürgermeister hat nach Versicherung ihm nahe stehender Mütter im Magistrats-Kollegium gegen die Schlachtsteuer gesprochen. Seiner Ueberzeugungslust wird es hoffentlich gelingen, uns vor einer Verlängerung selbst dann zu bewahren, wenn die reichsgesetzliche Möglichkeit durch die bekannter Petitionen erzielt werden soll. Es wird aber auch Aufgabe der Stadt sein, durch

#### Kommunalen Fleischverkauf

im Schlachthofe oder in den Markthallen die Fleischer zu zwingen, den Preis um die Steuerdifferenz zu senken. Das ist auch in Karlsruhe, Diederhofen und Landsberg geschehen. Unsere Gemeinden werten sich jeweils immer mehr zu Wirtschaftsgemeinden aus und wir dürfen nicht in den Fehler unserer Vorfahren verfallen, die durch ihr Verhalten in den Straßenbaufragen uns genötigt haben, heute die toten Sünden zu fahren, während die respektablen Gewinne der rentablen Straßen in Privatbesitz verbleiben.

Ferner wird der Magistrat bei der Deckungsfrage einreden müssen, ob er nicht die Läden der heutigen Wertzuwachssteuer-Ordnung ausfüllen kann,

#### damit der Verkäufer vorgebeugt wird,

welche diese reichen Steuerpflichtigen nach Aussage des Kammerers jetzt verdrängen. In einer Zeit, wo Reich, Staat und Stadt Schulden machen, der Mittelstand schwer kämpft und die Arbeiter um jeden Pfennig Lohn ringen müssen, können wir nicht ruhig zusehen, wie Spekulanten ohne eigenes Verdienst und Würdigkeit aus den Holzpantoffeln in die Pelztragen hineinwachsen, weil ihr Grundstück bei Breslau und nicht bei Newmarket liegt. In Gabsitz sind die Grundpreise nach Mitteilungen des Oberbürgermeisters ums Doppelte, in Scheitling ums Dreifache, bei Biesenthal ums Vierfache und am Schlachthofe ums Fünffache gestiegen. Diese Steigerung hat nicht ein sozialdemokratischer Utopist, sondern der Unmöglichkeitspreußische Professor Adolf Wagner ein „Stadtgeheimnis“ genannt. Wir wären Verschwendern, wenn wir uns diesen Gewinn entgehen lassen. Zu den Objekten, die in Herrn Dettlingers Referat der Sparsamkeit empfohlen wurden, gehört

#### die Neuschaffung einer Milchküche.

Die Gründe, die ihn dazu führten, treffen aber nicht zu. Die Statistik der Gesundheitsverhältnisse kann nicht beeinflusst werden,

wenn von 18,000 Breslauer Schültern 300 durch die Milch-Küche versorgt werden. Diese Sterblichkeit hängt doch auch noch von anderen Umständen ab, von der Wohnung, der mütterlichen Gesundheit, die wir hier nur sehr indirekt beeinflussen können. Sollen wir da bei dem einzigen direkten Mittel, das wir anwenden können, der Nahrungsfürsorge, Halt machen? Auch die Bedenken ärztlicher Fachleute betreffen Lebendige, die wir bei der Spezialberatung behandeln werden. Es ist ein bedrückendes Gefühl, das die beantragte Erweiterung der Milchküche, neben der Milchbadeanstalt die einzige sozialpolitische Neuerung, hier abgelehnt werden soll. (Unruhe.) Wenn es Ihnen nicht um das Geld zu tun ist, dann werde ich nach Ablehnung der Milchküche sofort

#### Stellprämien für brustnährende Mütter

in der Höhe der etwa ausgefallenen Summe beantragen. Die Krankenkasse in den städtischen Pflegeanstalten soll etwas verbessert werden, vielleicht legt sich der Magistrat die Frage vor, ob das nicht auch in den großen Krankenhäusern geschehen kann, wo Kranke und Wärter über keine Essen-Korrekturen klagen.

Zur Armenpflege empfehle ich immer wieder die Heranziehung von Arbeitnehmern, welche instand sind, die übrigen Pfleger, die gewiß auch mit Mitleid und Nächstenliebe ihres Amtes walten, durch Sachkunde zu unterstützen.

#### Für die Schulbildung armer Kinder

wird erstensherweise eine Erhöhung der Ausgabe von 2000 auf 5000 Mark verlangt. Die bittere Notwendigkeit zwingt dazu. Die Privatwohltätigkeit brachte kaum noch die Mittel für den Monat Januar zusammen. Wir bleiben auch dann noch weit zurück hinter Hamburg mit seinen 12,000, Hannover mit seinen 15,000, Mannheim mit seinen 21,000 Mark, die für gleiche Zwecke aufgewendet werden. Die Entwicklung geht aber auch hier zur städtischen Versorgung, die Stuttgart seit dem 1. Oktober 1907 verlor. Ich hatte es für eine große Aufgabe der Städte, die kleinen Wesen, die ohne eigene Schuld in eine mißliche soziale Lage kommen, nicht nur mit geistiger Nahrung zu versehen, sondern auch dafür zu sorgen, daß der kleine Körper nicht zerbricht, der diese Nahrung aufnehmen soll. Vielleicht schrecken Sie vor diesem Gedanken zurück, dann verweise ich Sie auf die Vaterlandsverteidiger, die auf allgemeine Kosten sogar mit Nahrung, Kleidung, Wohnung und Bewachung versehen werden. Ich werde zunächst eine Statistik beantragen, in welcher mit Hilfe der Direktoren und Lehrer festgelegt wird, wie viel Breslauer Kinder ohne ein warmes Frühstück in die Schule gehen und dann alljährlich um die Erhöhung des Betrages ersuchen.

Neben der 7. Haushaltungsschule erfreut mich die kleine Summe von 500 Mark, welche für den Besuch des Zoologischen Museums durch Volksschüler aufgewendet werden soll. Vielleicht ist das ein Hinweis zu dem Grundsatz:

#### „Sinn in die Natur“

„Sinn zum Anschauungs-Unterricht“ Auch andere Museen sollten besucht werden, der Zoologische Garten unter kundiger Führung, dann aber auch Wald und Feld. In der Natur sollte das Kind die Pflanzen kennen lernen, dann würde manche Flachsmäherel weichen. Das „Buch-Dinunterlegen zu vier Zeiten“ ist auch in Breslauer Schulen noch nicht ausgerollt. In derselben Richtung bewegt sich die Erweiterung des Gabsitzer Schulgartens, die wir allen vieredigen Bureaukraten und kugelrunden Philistern zum Trost durchsehen müssen. (Unruhe.)

Die Gehaltssteigerung für Lehrerinnen ist wohl eine einfache Pflicht der Gemeinde. Von Herrn Hamburger wünschte ich fernerhin Sorgfalt für die Volksschulhäuser, wie er sie für die höhere Mädchenschule gesetzt.

Bedenklich erschien mir bei der Fortbildungsschule, daß gerade der Demagogrede des Herrn Dettlinger Beifall spendet wurde. Geben Sie nicht Ihre eigenen Hoffnungen, Ihr eigenes Mittelstandsprogramm auf, wenn Sie an der

#### Fortbildung der Handwerker

verzweifeln? Da bin ich ein größerer Optimist als Sie, es fehlt meiner Meinung nach nicht an Intelligenzen, sondern den Intelligenzen fehlt es an Zeit und Geld. Wenn die Kaufleute Lehrlinge deshalb nicht mehr annehmen wollen, weil diese die Fortbildungsschule besuchen müssen, dann wirkt das auf ihre Liebe zum Beruf ein trübes Licht. Wir müßten dann durch Einrichtung weiblicher Fortbildungsschulen den Widerstrebenden einen Ausweg verhaun.

In einer anderen Sache aber muß ich gegen die Handlungsweise des Magistrats den schärfsten Protest erheben, nämlich wegen der

#### Entziehung der städtischen Turnhallen.

mit welcher gegen den Arbeiterturnverein „Freie Turnerschaft“ vorgegangen wurde. Sechs Jahre sind die Turnhallen ohne Klage benützt worden, trotz aller Injunktionen ist nichts bemängelt worden. Man kann den Turnern höchstens den Vorwurf machen, daß sie außerhalb der Halle, in öffentlichen Versammlungen oder in ihrer lediger Zeitung dieselbe sozialdemokratische Ueberzeugung äußerten, der sie schon vor sechs Jahren huldigten. Nichts war vorgefallen, ohne ein Wort, ohne eine Mißfrage kam eines Montags der Absagebrief und Dienstag wurden sie aus den Turnhallen hinausgeworfen. Wie man lästige Ungeziefel abschüttelt, so hat der Magistrat Bürger der Stadt behandelt, die auch nach keinen Grundfäßen gleichberechtigte Menschen sein sollen. In unserem Etat gibt es eine lange Reihe von Vereinen, die von der Stadt eine Vergünstigung erhalten, ich frage den Magistrat ob er einen einzigen so herrlich, so rückwärtslos, so willkürlich behandeln würde als diese Arbeiter. Ich will nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß sich um mich herum bald eine größere Zahl von Gefinnungsgenossen versammelt, die hier ihrer Entrüstung über ein solches Benehmen Ausdruck geben. (Unruhe.)

Beim Friedhofsetat wird es nötig sein, daß die Stadt ihr Hausrecht einer Korrektur unterzieht. Von den Begräbnisplätzen, für die wir 100,000 Mark Zuschuß bezahlten, auf denen aber die Kirchengemeinden zu herrschen scheitern, ist

#### der freireligiöse Prediger, Herr Schirn, verwiesen

worden, als er einem seiner Gemeindeglieder die Grabrede halten wollte. Der Staat hat diesen Mann als Religionslehrer zugelassen, die Stadt läßt ihn auf ihren kommunalen Friedhöfen nicht sprechen. Sann sind Kranke zuerzählenden worden, zuletzt vom katholischen Pfarrer Simbal, die einem verstorbenen Kameraden Kränze mit roten Schleifen auf's Grab legen wollten. Wären diese roten Kränze nicht dieselbe Demonstration, als die Blauen des Regenbruders und die schwarz-weiß-roten des Arztees? Etwas mehr Duldung und Barmhertzigkeit wäre hier am Platze! Das Hausrecht auf

den Friedhöfen muß hergestellt werden, schon im Hinblick darauf, daß es ja selbst in Preußen einmal zur Errichtung von Krematorien kommen wird und diese Frage dann aktuell würde. Der Staatsreferent hat auch opponiert gegen die

#### Errichtung einer neuen Fließbadeanstalt,

die ihm nicht genügend begründet erschien. Die Benutzung dieser Anstalten hängt sehr vom Wetter ab, eine Benutzungsschikane ist schwer zu beschaffen, einmal hat das Hochwasser die statistischen Aufzeichnungen von 3 Jahren fortgeschwemmt. Aber sollten Sie nicht jeden Fortschritt begründen, der in der Sauberkeit, diesem Teile der Gesundheitspflege gemacht wird? Müßten Sie sich auch da noch hemmend in den Weg stellen? Es ist wie bei den Brausebädern. Die Scheitniger, das äußere Nikolaitor warfen auf eine Badeanstalt. Da heißt es: Auf den Zeichnungen ist eine im Bau. Wenn jemand beim ersten Auftauchen dieses Planes mit dem Baden aufgehört hat bis die Anstalt fertig wird, bei dem wird sich eine nette Kränze Schmutz angelammelt haben. (Weiterkeit.)

Zu den Landankaufen hätte ich höchstens zu bemerken, daß der Magistrat im Anschluß an die Bildung von Schrebergärten in allen Teilen der Stadt begünstigen möge.

Auch die Arbeiterlöhne sind als Grund für die mißliche Gestaltung des Etats angeführt worden. Daß dieselben eine naturnotwendige Folge der Preissteigerung waren, hat auch der Oberbürgermeister zugeben müssen.

#### Ich bitte um eine genaue Statistik der Arbeiterlöhne

in allen Betrieben, damit Sie sich ein Bild der Steigerungen für den einzelnen Mann machen können und auch über ihre Gesamtkosten. Was der neue Etat an Erhöhungen vorseht, ist sehr geringfügig: für die Internenwärter sind es 10 Pfg. pro Tag alles in allem 7000 Mark. Aber die Arbeiter wollen in Anbetracht der Finanzlage, in Anerkennung der Verbesserungen, die ihnen bisher geworden sind, im Augenblick keine weiteren Forderungen stellen, sie begnügen sich mit kleineren, wenig sozialpolitischen Wünschen. Das soll nicht bedeuten, daß ihre Löhne nur zufriedenstellend wären, — es gibt noch Marktarbeiter mit 25, 26 Pfg. Stundenlohn, — aber über das Tempo welcher wir in diesem Jahre einig sein. Der Gemeindearbeiter-Verband wünscht vom Magistrat nur, daß er

#### den niederen Beamten

#### die Kürzung des Koalitionsrechts unterzieht,

von denen ich Ihnen bei den Einzel-Etats Mittelung machen werde. Ueber tuppige Agitationsweise kann man sich doch wirklich nicht mehr beschweren, die Gemeindearbeiter haben sich einen Anzuge gekauft, sie sind die reinen Salonsozialisten geworden. (Weiterkeit.) Sie wünschen nur, daß die Beeinträchtigung des Verdienstes der Kantarbeiter im Winterhalbjahr und die Ungleichmäßigkeit der Entlohnung bei den verschiedenen Straßenmeistereien abgestellt würde. Auf das Straßensystem im Schlachthofe, die Schubröde für Rohrleger, die Kalklieferungen an Gasarbeiter konnte ich bei der Spezialberatung zu sprechen.

#### Im Stadttheater-Stat

ist uns noch nichts mitgeteilt worden, wie die Wünsche des Direktors und die Petitionen der Orchestermitglieder und Chorführer zu erledigen sein werden. Dabei wird auch etwas zu sagen sein über den Gollath und die vielen seinen Taktz im Etat der verschiedenen Einnahmen und Ausgaben. Ich meine die 20,000 Mark Subvention an den Orchesterverein, die mit den neuen Forderungen doch in einer gewissen Verbindung stehen.

Gegen die starke Erhöhung der Polizeikosten können wir uns nicht wehren, es ist interessant, die Soffnungslosigkeit des Kammerers wie des Staatsreferenten gegenüber dem Landtag in dieser Frage zu beobachten. Das Künftige der Breslauer Bürger, das ein wirkliches Wahlrecht hat und dieses Wahlrecht auch ausübt, hat

#### die Herren Stroffer, Zisch und Wagner

mit der Verteilung im Landtag beauftragt. Die Parteien dieser drei Herren bilden die große Majorität des Abgeordnetenhauses und hier wird von berufener Seite festgestellt, daß ihre Haltung städteseindlich und übelwollend ist. Es liegt also an dem, was gegenwärtig die enttäuschten Bürger ganz Preußens beschäftigt, am Wahlrecht, am Dreiklassenwahlrecht! Und deshalb möchte ich auch von dieser Stelle aus denjenigen Breslauer Bürgern, die in den letzten Wochen energisch und herb gegen dieses Wahlrecht demonstrierten, meine Anerkennung aussprechen. (Lieses Schweigen.)

Nachdem Redner geendet, nahm der Chef des Magistrats unmittelbar seine „Widerlegung“ auf. Mit der Steifnacktheit eines alpdruckischen Junkers verteidigte er die Willkürakte seiner Verwaltung selbst dort, wo ihnen die Ungerechtigkeiten brennend aus den Augen leuchtet. Er fand die Ausstellungen unseres Genossen teils komisch, teils unberechtigt und die Handlungsweise seiner Beamten in allen Punkten enallassig rein, ja beinahe zu gemäßigt. Darüber wird ja noch ein Wort zu reden sein, nicht ein einziger der vom Herrn Oberbürgermeister erhobenen Einwände soll unerwidert bleiben. Nietet sich beim Generaletat dazu keine Gelegenheitsmehr, dann wird es sicher bei den Spezialetat geschehen. Die patriotische Pause gegen die Arbeitermänner haben die Demagogenvorfänger Metternich, Schmalz und Konforten gegen den ach so unpatriotischen Gezer Gust Moritz Krndt und gegen den Turnvater Jahn und seine deutschen Turner schon viel schöner gehalten, was aber die Bieber des Herrn Ober anbetriefft, so werden wir ihm mit brasilischen Gegenbeispielen dienen. Wie rückgratlos stellt sich demgegenüber die Verteidigung dar, die der Oberbürgermeister der Kritik kirchlicher Schikanen auf den städtischen Friedhöfen entgegensetzt! Alle liberalen Blätter müßten täglich entrüsten über katholische Intoleranz bei protestantischen Beerdigungen auf, dieselbe Intoleranz gegen Freireligiöse geübt, bringt den Ober nicht in Garnisch. Wie zwerghaft klein ist sein Mut gegenüber solchen kirchlichen Uebergriffen im Verhältnis zu der sechsfach geladenen Entrüstung, mit welcher er die Gemeindearbeiterführer in den Gassen schießt und mit welcher Leichtfertigkeit trägt er hier seine Unrichtigkeiten und Ungerechtigkeiten gegen den Gemeindearbeiterverband vor. Der gefährliche Reichel, der 25 Jahre in städtischen Diensten



**Ausland.**

**Englische Flottenpläne.** Die englische Admiralität fort eine Vermehrung der Flotte, die im laufenden Etat 80 Millionen betragen würde. Das Kabinett scheint in dieser Frage nicht ganz geschlossen und man spricht schon von einer teilweisen Auflockerung. Der liberale Nachbarn hat diese Lage in der Rede behauptet ein Amendement gestellt, in welchem getadelt wurde, daß im Marineetat keine Ersparnisse vorgesehen sind. Auf Wunsch des Premier wurde das Amendement verjagt bis zur Diskussion der Flottenfrage selbst. Die Regierung hatte wohl mit Recht gefürchtet, daß sie einer Mehrheit nicht sicher sei. — Verfügte sie doch bei der Arbeitslosenfrage über eine solche von nur 40 Stimmen. „Daily News“ fordert die Innehaltung der versprochenen Politik der Einschränkung; die Gelder könnten besser Verwendung finden für die Arbeitslosenversicherung. Auf der anderen Seite sind die in letzter Zeit stattgefundenen Nachwahlen für die Liberalen nicht besonders ermutigend. Die Unionisten sind erstklassig an der Arbeit, in der Bevölkerung für die Tarifreform (Schutzoll) für ein „größeres“ England Stimmung zu machen. Die Nachricht von den bevorstehenden Mehrforderungen für die Marine, die zuerst in dem Sonntagsblatt „Observer“ auftauchte, übertrug um so mehr, als noch vor kurzem Mitglieder des Kabinetts und auch der Chef der Admiralität früher die englische Flotte als zur Zeit genügend stark bezeichnet haben. Der Frontwechsel der Regierung wird in verschiedenen Litteratur durch die neuesten Marinepläne Deutschlands zu erklären gesucht. Andere Mäglichkeiten, wie zum Beispiel der „Economist“ erbringen zwar den zahlenmäßigen Nachweis, daß die englische Flotte stärker ist als die deutsche und die französische zusammen, das wird aber alles nicht helfen. Wenn die englischen Steuerzahler noch weiter herangezogen werden, wenn die Arbeitslosenversicherung darunter etwa zu leiden haben sollte, so wird in einem großen Teil der englischen Bevölkerung sich das Gefühl festsetzen, daß sie dies lebhaft dem Deutschen Reich mit seinem unaufhörlichen Rüstungsseifer zu danken hat.

**Schutz dem Kinde.** Dem englischen Parlament ist dieser Tage eine Gesetzesvorlage unterbreitet worden, die den Schutz des Kindes vom 16. bis zum 18. Jahre zum Zweck hat. Ziel sind die Verordnungen älteren Datums, die hier ausgebaut und zusammengestellt sind, aber zum Teil sind es ganz neue, sehr weitgehende Gesetze. Das Leben der Waise soll geschützt werden durch schärfere Bestimmungen über die Vermeidung von Feuergefahr, Gefahr des Verbrühens und so weiter. Freilich werden hier vielfach Mütter von Strafen betroffen werden, die ihre Kinder unbeaufsichtigt lassen, nicht aus Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit, sondern weil ihre miserablen Existenzbedingungen sie zwingen, ihre Kinder unbeaufsichtigt allein in der Wohnung zurückzulassen.

Durch Gesetz wird weiter versucht, das gewöhnlich sehr schädliche Rauchen der Jugendlichen einzuschränken. Die Tabakhändler sollen Zigaretten und Tabak an Kinder nicht mehr abgeben; die Postämter sind angewiesen, jugendlichen Leuten bis zum Alter von 16 Jahren das Rauchen in den Straßen zu verbieten und ihnen die Zigaretten bzw. den Tabak wegzunehmen.

Von viel größerer Bedeutung aber sind die Bestimmungen über die Jugenderziehung. Die Bestimmungen über die Jugenderziehung bis zum Alter von 16 Jahren sollen nach dem Gesetz in England Gefängnisstrafen nicht mehr verhängt werden. Es werden besondere Gerichtshöfe errichtet, vor denen von besonderen Richtern nur jugendliche Delinquenten abgeurteilt werden. Hier werden auch die Eltern mit herangezogen und es wird in jedem einzelnen Falle untersucht, inwieweit sie etwa die Verantwortung für die Vergehen ihrer Kinder trifft. Bei einer Verurteilung wegen schwerer Vergehen, bei Missetätigkeit und so weiter werden die jugendlichen Verbrecher nicht ins Gefängnis, sondern in Erziehungs- und Besserungsanstalten gebracht. Das Problem der Erziehung und des Unterrichts durch die öffentlichen Schulen ist bei diesem Gesetz ausgeschlossen.

Eine Reform des Strafprozesses für Kinder und Jugendliche tut auch uns dringend not, damit es nicht mehr vorkommen kann, daß wie das erst kürzlich in Schlesien der Fall war, unmündige Kinder wegen eines dummen, unbedachten Streichs zu hoher Gefängnisstrafe verurteilt werden können.

**Die dänische Landwirtschaft und die Unfallversicherung.** Die dänische Regierung hat bekanntlich vor einigen Wochen einen Gesetzesentwurf zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Arbeiter in der Landwirtschaft und ihr verwandte Erwerbszweige eingebracht. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß der Entwurf Gesetz wird und die dänischen Landwirte richten sich auch bereits darauf ein. Wie sie durch ihr mühselhaftes ausgeübtes Genossenschaftswesen ihre Produktion wie den Export zu namenswerter Höhe gebracht haben, so wollen sie nun auch durch eine das ganze Land umfassende Genossenschaft das Risiko der Unfallversicherung gemeinsam tragen. Diese Genossenschaft ist bereits im Entstehen begriffen.

Uebereinstimmend ist in der Entwicklung der dänischen Landwirtschaft noch lange kein Stillstand eingetreten. Der Wert der im Jahre 1907 exportierten landwirtschaftlichen Produkte betrug 339 Millionen Kronen gegenüber 313 Millionen im Jahre 1906. Das große Nachbarland Schweden exportierte im Jahre 1906 für nur 44 Millionen Kronen landwirtschaftliche Produkte. Schweden ist Schutzzollland, in Dänemark herrscht, soweit die Landwirtschaft in Betracht kommt, Freihandel.

**Kleine Auslandsnachrichten.**

Wie ein Budapestener Blatt zu melden weiß, ist infolge des ungeheuren Lebensmittelpreises und der dadurch verursachten Hungersnot in den unteren Schichten der Bevölkerung der Hungertypus epidemisch ausgebrochen. Das St. Marien-Hospital sei von Typhuskranken überfüllt. Die Spitalkosten sowie die Behörden verweigern angeblich jede Auskunft. In London ist bekannt gegeben, daß sich die gesamten Ausgaben für die englische Kriegsmarine in diesem Jahre auf 92 Millionen Pfund Sterling oder etwa 640 Millionen Mark belaufen werden. Eine solche Summe haben die Ausgaben für die Flotte in England bisher noch nicht erreicht. — Die Schraube ohne Ende! — In Sunderland (England), wo das Halliflement einer Schiffbaufirma die Rollage steigert, führten während der Sitzung des Stadtrats tausend Arbeitslose einen zweimaligen Sturm auf das Rathaus an. Der Ratspräsident wurde verhaftet. In Sheffield wurde durch Zulassung einer Abordnung von Arbeitslosen vor den Ausschuss des Stadtrats der beabsichtigte Einmarsch auf das Rathaus abgewendet. 15.000 in Fabriken beschäftigte Arbeiter fordern eine 15prozentige Lohn-erhöhung unter Androhung des Ausstandes. Die Arbeitgeber lehnen diese Forderung ab. — Die Sozialisten stellen im finnischen Landtag den Antrag, in Finnland die volle Gleichberechtigung der Juden einzuführen.

**Breslauer Nachrichten.**

Breslau, den 14. Februar.

\* **Bürgermeister Trentin bestätigt.** Die Wahl des Stadtrats Trentin zum zweiten Bürgermeister von Breslau ist von der Regierung bestätigt worden.

\* **Achtung, Maschinen und Feiler!** Sonntag, den 16. Februar, Vormittags 11 Uhr findet eine öffentliche Versammlung im kleinen Saale des „Deutschen Kronbräns“, Kurzeckstr. 50/52, für Maschinen- und Feiler, sowie verwandte Berufs-genossen statt. Referent: Verbandsvorstand Kollege Scheffel, Berlin. Alle Kollegen sollen erscheinen.

\* **Im Stadt-Theater** geht am Freitag Ernst von Wildenbruch's Schauspiel „Die Rabenflügel“ in Szene. Sonntag

abend: zum ersten Male in dieser Spielzeit Platon's beliebte Oper „Martha“. Nachmittags wird Schiller's Schauspiel „Wilhelm Tell“ zu kleinen Preisen gegeben. (Anfang 8 Uhr.) Für Sonntag: „Die Hugenotten“. Am Montag: „Die Hugenotten“. Am Dienstag: „Die Hugenotten“. Am Mittwoch: „Die Hugenotten“. Am Donnerstag: „Die Hugenotten“. Am Freitag: „Die Hugenotten“. Am Samstag: „Die Hugenotten“. Am Sonntag: „Die Hugenotten“.

Das Mitglied der Vereinigten Theater, Opernsängerin Jeanette Allen, ist mit Schluß der hiesigen Theater Saison an die Komische Oper in Berlin auf fünf Jahre engagiert worden. Victoria-Theater. Direktor Schreiber hat für diesen Monat wieder ein Programm zusammengestellt mit Attraktionen, welche bisher noch nicht vorgekommen. So zeigen die drei Gargants sich in kaum glaublichen akrobatischen Evolutionen, La Borat mit ihrem herrlichen Ausstattungs-Touquet mit wunderbaren Lichteffekten, eine Schanzennummer, wie sie in Breslau lange nicht geboten worden ist. Die beliebten Duettisten Anna und Siegmund Plunz, der Humorist Hermann Strebel, die reizenden Prachtstückler Familie Jungmann, welche ebenfalls mit nur neuen, fast ungläublichen Tricks arbeiten, die lustige Sourette Maria Freya, die russische Truppe Ilanoff, Edwin und Lily Buell, moderner Jongleur - Akt, Dmer-Sait-Trio, Irene und Maxwell und der Violon vereinbaren durchweg ein unterhaltendes, amüsantes Programm.

† **Betrug.** Am 10. d. M. kam eine Händlerin in die Wohnung eines Majors auf der Gartenstraße und sagte zu der allein anwesenden Kammerjungfer, daß ihr das gnädige Fräulein den Auftrag erteilt habe, einen Korb mit Wäsche abzuliefern und sich 3.50 Mark auszahlen zu lassen. Der Fremden wurde auch Glauben geschenkt, jedoch stellte es sich bald heraus, daß sie ein betrügerisches Mandat verfaßt hatte.

† **Polizeiliche Melbungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 18. d. M. 31 Personen eingeliefert. — 5 Frauen wurden eine braune Fledermaus, eine Pelzboa, ein goldener Ring mit blauem Stein, ein Opertiaglas, eine silberne Herren-Zulinderbrille, ein goldener Trauring, ein Schmuckstück, ein Gummihandschuh und ein braunes Kleid. — 11 Frauen kamen ein Portemonnaie mit 500 Mark, eine silberne Damenbrille, ein goldenes Medaillon und eine orientalische Krimpe mit 2 roten Steinen. — Einem Handelsmann wurde im Oberbahnhof eine Tasche mit silbernen Geldsachen im Werte von 50 Mk. gestohlen. — Am 12. d. M. wurden in einem Hause auf der Gräblichstraße vier Keller gewaltsam geöffnet, jedoch nichts gestohlen.

**Neueste Nachrichten.**

**Vom gleichen Recht!**

**Want, 14. Februar. (S. L.-B.)** Das oldenburgische Staatsministerium verweigerte die Bestätigung der Wahl der Abgeordneten Hug und Karstenen zu Abgeordneten der hiesigen Gemeinde, da sie Sozialdemokraten sind.

**Der Marsch in die Kneipe.**

**Mannheim, 14. Februar. (S. L.-B.)** Das Kriegengericht verhandelte gegen den Bizefeldwebel Kled von der 9. Kompanie des hiesigen Grenadier-Regiments, der bekanntlich seine Abteilung am Tage nach Kaisers Geburtstag statt zum Dienst in eine Schankwirtschaft geföhrt hatte. Kled, der zehn Jahre im Dienst ist, wurde zu drei Monaten und einem Tage Gefängnis verurteilt. Es wurde festgestellt, daß die Untergebenen sich mehrfach gemeigert hatten, in die Wirtschaft zu gehen und nur dem bestimmten Befehl Gehorsam geleistet hatten.

**Kusch Dich!**

**Bamberg, 14. Februar. (S. L.-B.)** Erzbischof Albert hat an den Abgeordneten Grandinger ein Schreiben gerichtet und ihm darin vorgehalten, daß er trotz seines Versprechens, nicht der liberalen Partei beizutreten, jetzt als Prediger des Liberalismus durchs Land ziehe. Das sei mit seinem Amte unvereinbar und erzeuge in katholischen Kreisen Verwirrung. Der Erzbischof verweist Grandinger, nachdem alle irdischen Ermahnungen fruchtlos gewesen, auf den kanonischen Gehorsam, zu dem er seinem Bischof verpflichtet sei. Ferner verbietet er ihm kraft seines Amtes zur Vermeidung weiterer Verwirrung, daß er in der Schulfrage mit der liberalen Partei gemeinsame Sache mache und untersagt ihm den für Sonntag angekündigten Vortrag im Jungliberalen Verein Nürnberg. — Kusch Dich! Unter die diensttunenden Jesuiten!

**Lissaboner Marmnachrichten.**

**Berlin, 14. Februar. (S. L.-B.)** Während des gestrigen Tages waren Gerüchte über ein neues Attentat in Lissabon im Umlauf. Wie angeblich aus Lissabon gemeldet wurde, soll sich dort eine Bombenexplosion ereignet haben. Diese Nachricht erweist sich einem Madrider Telegramm zufolge als falsch. Auch in Paris riefen falsche Nachrichten einige Aufregung hervor. Die Marmnachrichten werden darauf zurückgeführt, daß in Lissabon ein geheimes Lager Schusswaffen und einige hundert Karabiner entdeckt wurden.

**Arbeitslosigkeit in Amerika.**

**New York, 14. Februar. (S. L.-B.)** Die Arbeitslosigkeit in New York und anderen Großstädten der Vereinigten Staaten wächst von Tag zu Tag. Trotz aller Anstrengung der Wohltätigkeitsanstalten in New York sind 10,000 Frauen und Kinder dem Hungertode nahe. Die Behörden lassen Notstandsarbeiten verrichten, um den Arbeitslosen Gelegenheit zum Verdienst zu geben.

**München, 14. Februar. (S. L.-B.)** Gegen Professor Vardenhewer, der in seinem Kolleg Schmitzer heftig angegriffen, richtete sich gestern eine große Kundgebung in der Universität. Die Studenten riefen „Soch Schmitzer“, „Verrot Vardenhewer“. Da erschien der Rektor der Universität Professor Enders und ersuchte die Demonstranten von Demonstrationen und Ersuchen, sie hätten abzugeben, daß der akademische Senat die Interessen der Mitglieder des Lehrkörpers zu schützen wisse. Erneute Drohungen während Professor Vardenhewer die Universität verließ. Die Kundgebungen setzten sich auf der Straße fort.

**Frankfurt a. M., 14. Februar. (S. L.-B.)** Im zweiten Stockwerk des Hauses Rothschilde 55, wo mehrere Mädchen mit der Aufreißung von Waschklosetts beschäftigt waren, brach Feuer aus. Mit vieler Mühe und Not gelang es, die Familie und die Mädchen über das mit Rauch erfüllte Stiegenhaus zu retten. Ein Mädchen und ein Mann erlitten Brandwunden. Der Schaden beläuft sich auf 15,000 Mk.

**Offen, 14. Februar. (S. L.-B.)** In Offen sind zehn Arbeiter einer chemischen Fabrik infolge Gasankündigung bewußtlos zusammengebrochen, konnten aber gerettet werden.

**Antwerpen, 14. Februar. (S. L.-B.)** In Antwerpen, an der holländischen Grenze, ist eine fünfköpfige Familie nach dem Genuss von Krampfen an Vergiftungserscheinungen erkrankt. Ein Mädchen

hen ist bereits gestorben, die anderen Mitglieder der Familie liegen im Sterben. Die verdächtige Speise wurde aus Mangel an Gabeln, das Fleisch im Nachhinein des verstorbenen Großvaters geschmeckt hatte.

**Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.**  
Freitag, den 14. Februar.

	Heute früh 7 Uhr			Temp.-Grtz.		Wetter
	Temp.	Wind	Ndcht.	Max.	Min.	
Bresl. Sternw.	8	SW 1	1,06	6	8	bedekt
Königsb. W.	2	N 1	1,6	6	2	Nebel
Westf. DS.	1	NO 1	1	8	0	bedekt
Sabellwerdt	1	SW 1	1	6	1	Nebel
Billerial	1	SW 1	gering	5	0	„
Gröblich	3	SW 1	„	6	8	„
Grünberg	8	SW 1	„	7	8	„
Dronowo	-1	SW 1	„	6	-1	besser

**Standesamtliche Nachrichten.**

**Todesfälle.**  
II. Frk., S. des Eisenbahnarbeiters Paul Kleiner, 8 M. — Elektriker Paul Franz, 19 J. — Lucia, T. des Omnibus-Kontrollanten Heinrich Freund, 6 W. — Stellmachermeister Hermann Härtel, 71 J. — Gustav, S. des Tischlers August Bräse, 5 M. — Malermeister Hans Scheibel, geb. Heinrich, 67 J. — Katharina, T. des Arbeiters Oskar Schuppert, 9 M. — Arbeiter Karl Gaar, 88 J. — Bertha, verm. Genbarmerie-Wachmeister Rosalie Pohl, geb. Hain, 74 J. — Paul, S. des Rattiers Karl Herff, 1 J. — Dienstmädchen Luise Krause, 26 J. — Viehhändlerwitwe Caroline Willim, geb. Stull, 77 J. — Eisenbahnkassierwitwe Karoline Grundmann, geb. Faede, 78 J. — Zimmermannsfräulein Marie Feder, geb. Sowalska, 66 J. — Kaufmann Richard Reuschner, 68 J. — Arbeiter Karoline Thäschke, geb. John, 79 J. — Frk., S. des Arbeiters Franz Nowak, 5 M. — Paul, S. des Arbeiters Karl Malosch, 16 J. — Gertrud, T. des Hausbesizers Wilhelm Salomon, 7 J. — Pmf. Stdt. Volksschullehrerin Ferdinandina von Schade, 52 J.  
IV. Kantorin Martha Rebert, 81 J. — Verm. Rentier Mathilde Heberich, geb. Stach, 70 J. — Oberlandesgerichtsrat Paul Wilmsky, 63 J. — Ingenieur August Jacobs, 64 J. — Verm. Kaufmann Vertha Glaser, geb. Stach, 88 J. — Verbt., S. des Herrmann John, 5 J. — Verbt., Kaufmann Marianne Großmann, geb. Gutentag, 77 J. — Buchhalter Ewald Goebel, 66 J. — Rentier Hugo Glaser, 57 J. — Verm. Fräulein Josefa Schütz, geb. Polke, 65 J. — Verm. Kellermeister Christiane Glaser, geb. Blümel, 66 J. — Erna Leonhardt, ohne Beruf, 17 J. — Schneidermeister August Walter, 58 J. — Verm. Landgerichtsrat Emilie Schaberth, geb. Paul, 73 J. — Albertine Starke, ohne Beruf, 72 J. — Verm. Hofvorsteher Ludwina Gottschlich, geb. Wische, 77 J. — Rentier Josef Jonas, 70 J. — Verbt., Tischler Martha Scholz, geb. Welsche, 29 J. — Musiklehrer Heinrich Felsmann, 63 J. — Luise, T. des Schuhmachers Karl Fieser, 1 Jahr. — Domenschneiderin Gertrud Gähler, 26 Jahre. — Mor., Sohn des Gelbgelders Paul Seeliger, 9 Mon. — Verbt., Kaufmann Anna Klara Porada, geb. Hoffmann, 80 J. — Frk., Schlosser Wilh. Ebel, 65 J. — Fräulein Herm. Thiel, 33 J. — Verm. Kaufm. Kl. Mittel, geb. Frank, 40 J. — Verm. Ratskammermeister Marie Luise Schmidt, geb. Sturm, 85 J. — Feins., S. des Oberpostkassentanten Fritz Sommer, 11 Mon. — Schneiderin Henriette Fischer, 54 J. — Verm. Gertrud Schuler, geb. Schumann, geb. Grindel, 63 J. — Tischler Karl Bohner, 67 J. — Verbt., S. des Schlossers August Barick, 10 Mon. — Verm. Kaufmann Amalie Jabobinski, geb. Senoch, 86 J.

**Ver eins-Kalender.**

**Gewerkschaftshaus.**  
Sonabend, den 15. Februar:  
Zimmerer. Jeden Sonnabend: Zahlabend im Billardzimmer.  
Sonntag, den 16. Februar:  
Steinarbeiter. Vormittags von 10-12 Uhr: Kaffeestunde im Zimmer 7.  
Mittwoch, den 19. Februar:  
Böttcher. Abends 8 Uhr: Anserordentliche Mitgliederversammlung im Zimmer 2.

**Sozialdemokratischer Verein Breslau.**

An die Bezirksführer!  
Wegen der Generalversammlung, die am 24. Februar stattfindet, muß die monatliche Abrechnung der Bezirksführer eine Woche früher, also Montag, den 17. Februar, in den Bezirkslokale erfolgen. Kontrollkarten und ungelieferte Beitragsmarken sind mitzubringen. Wir bitten vollzählig zu erscheinen, auch diejenigen, die vorher abgerechnet haben, wollen zur Stelle sein, da nach Erledigung der Kassengeschäfte noch wichtige Dinge zu besprechen sind.

„Volkswacht“-Agitation.  
Sonntag, den 16. Februar, findet die am 9. angekündigte Agitation von dem Lokal „Lindenblüte“, Rönigkestraße 10, aus, bestimmt statt. Wir bitten alle Genossen, die Interesse an der Ausbreitung unserer Presse haben, um rege Teilnahme und nach dem im besonderen die Genossen des 14. und 15. Bezirks darauf aufmerksam.  
M. Aderhold.

Distrikte 8 und 9a (Oberste).  
Sonabend, den 15. Februar, Abends 8 Uhr: Ausgabe der Karten zum Verlangen an die Bezirksführer der Müller, Schießwiederplatz 4.  
Sonntag, den 16. Februar, Vormittags Punkt 9 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer im Billardzimmer des Gewerkschaftshauses.  
Der Bezirksführer.

Bestenfalls. Maurer. Sonntag, den 16. Februar, Nachmittags 3 Uhr: Versammlung im Lokale des Herrn Schaar. Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.  
Brieg. Fabrik, Land. Hilfs-Arbeiter u. Arbeiterinnen. Sonntag, den 16. Februar, Nachmittags 3 Uhr: Versammlung im „Weinberg“. Vortrag: „Was muß der Arbeiter über die Kranken- und Invalidenversicherung wissen?“

**Du bist Arbeiter!**

Warum fehlt in deiner Wohnung die Arbeiterpresse? War die der „General-Anzeiger“ etwa behilflich, als in deiner Werkstatt ein Lohnkampf ausbrach? War es nicht die „Volkswacht“, die durch öffentliche Kritik deinem Kampfe um bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse zum Siege verhalf?

Prüfe die gestellten Fragen auf ihre Berechtigung und werde sofort Abonnent der „Volkswacht“.  
Verantwortliche Redaktion: Eduard Wolf. — Redaktion und Druck: Franz Schaperstraße 58. — Verlag von Oskar Schöps. — Druck von Th. Schöps. — Preis 1 Bogen.





Arbeitsbewegung.

In Denish (England) drohen 10,000 Kohlenwarenarbeiter mit dem Ausstand...

Achtung, Glasmacher! In Opatowitz in Böhmen haben die Glasmacher wegen Preisregelungen die Arbeit eingestellt...

Die Lohnbewegung der Berliner Kleinfleischer wurde durch einen vor dem Gewerbegericht vereinbarten Tarif beendet...

Kosten des Textilarbeiterkampfes. Nach einer Notiz im Hannoverschen Courier...

In Spremberg ist der Streit der Weber durch Zurücknahme der Lohnreduktion zugunsten der Arbeiter beendet worden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 11. Februar.

Geschichtskalender.

15. Februar.

- 1875 Dichter Fr. v. Hechtig in Görlitz f.
1890 Staatsrats-Erdnennung über die Februar-Erlasse Wilhelm II.
1564 Galileo Galilei, Physiker und Astronom, in Pisa.

Stadtverordnetenversammlung.

Nachstehend geben wir die Neben der Stadtverordneten zum General-Etat wieder, soweit sie in unserem heutigen Leitartikel keine Behandlung erfahren haben.

Überbürgermeister Bender: Der Etat steht allerdings im Zeichen der Steuererhöhungen, und namentlich sind es die Realsteuer, Grund- und Gebäudesteuer und Gewerbesteuer...

Zurechnungsfähig. Der wegen Mordes am Tode verurteilte Deiter Fuchs...

Eine neue Flugmaschine. Der Dachdecker Friedrich Neumann aus Braunsfels hat eine Flugmaschine erfunden...

Todesstrafe aus dem vierten Stockwerk. Ein verhängnisvoller Unfall hat sich in Rixdorf ereignet...

Ein geheimnisvoller Dynamitfund. Wie aus Dortmund gemeldet wird, fanden bei Langendier Schullinder eine Anzahl leere Dynamitpatronen...

Alte Chronik. Als Donnerstags Vormittag gegen 9 1/2 Uhr der Monteur Richard Gruber in der Schönhauser Allee...

Schlachtsteuer. So werden wir uns allerdings noch mehr ein-schränken müssen; darum gilt es jetzt, möglichst viel noch ins Werk zu setzen. Der Besoldungs-Etat stellt gewiß hohe Anforderungen...

Stadtverordneter Löhde (Vst. Vst.): Ich muß den Referenten Herrn Dellinger in Sachen der Mißstände in Schluß nehmen. Er hat nur gesagt, man soll die Angelegenheit nicht weiter ausdehnen...

Überbürgermeister Bender: Was die Entziehung der Turnhallen betrifft, über welche Herr Löhde sprach, so muß ich sagen, ich wundere mich...

Man sagt es leicht auf, wenn wir diesen Besondere nicht auf-warten. Ich sage aber, wenn heut ein städtischer Arbeiter in diesen Verband eintritt...

Redner spricht sodann über Einzelheiten. Die Mißstände muß sein; die halbe Stadt ist verfort, die andere Hälfte können wir nicht unverfort lassen...

Nach der Erwiderung des Oberbürgermeisters wurde die Verhandlung vertagt. Unter den eingerechneten Rednern befinden sich Dr. Reich, Stein, Woslauer, Dr. Töpfl...

Die übrigen Vorlagen wurden kurz erledigt. An der Ecke Talschen- und Gartenstraße will die Breslauer Bauamt einen Neubau errichten...

Auf dem städtischen Schlachthof sollen Um- und Erweiterungsbauten sowie der Bau eines Arbeiter-Wohnhauses vorgenommen werden. Die Gesamtkosten im Betrage von 703,600 Mk. werden von der Versammlung genehmigt...

Ein Nachtrag zum Dantschen Vertrage über den Verlauf von Fändereien in Leerenthal wurde, da von den Juristen der Versammlung Bedenken gegen die Abfassung geltend gemacht wurden...

An die Vorlage über die Neubildung der Schuldeputation knüpfte sich eine längere Debatte, die sich um die Beziehung der technischen Mitglieder drehte.

\* Postkarten als Unterrichtsmittel finden mehr und mehr Verbreitung. Der Gedanke, gute Ansichtskarten für den Unterricht zu verwenden, ist auf dem 15. Deutschen Geographentage von Dr. Schwarz vorgeschlagen worden...

\* Seid keine Klatschbasen. In der neuesten Nummer des Organs der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands, der Gleichheit, sind unter der Rubrik 'Die Mutter als Erziehlerin' folgende auch für Männer sehr beherzigenswerte Worte zu lesen...



# Die baugewerblichen Hilfsarbeiter Breslau im Jahre 1907.

Das vergangene Vereinsjahr war für das Baugewerbe an sich und die in diesem Berufe Beschäftigten ein recht unglückliches, insbesondere aber stand die Organisation unter dem Druck der Arbeitslosigkeit. Viele Verhandlungsmittler mußten ihre Handlungsfähigkeit verlieren, um anderwärts ihr Brot zu finden. Eine große Anzahl von Kollegen suchten in Fabriken und in sonstigen Betrieben Unterkunft. Erst im Spätkommer trat in Breslau eine etwas günstigere Konjunktur ein und bot Arbeitsgelegenheit, doch war sie nicht von langer Dauer. Die Situation und der Abgang war im Verlaufe des Jahres sehr groß. Die Bauaktivität im Jahre 1907 stand gegen das Vorjahr weit zurück, der Arbeitsmangel wird dadurch erklärlich. Zunächst die Wohnhausneubauten. Im Januar 1907 waren es 330, die im Angriff genommen waren, Januar 1908 aber nur 244, im Februar waren es nur noch 228 gegen 330 im Vorjahre. In den Monaten, wo eigentlich die Bauzeit erst beginnt, wurde es 1907 nicht weit; im März waren nur 220 gegen 342, April 210 gegen 325, Mai 219 gegen 341, Juni 219 gegen 344, Juli 212 gegen 355, August 230 gegen 333 und September 234 gegen 331 Bauten. Also mindestens um ein Drittel ist im Jahre 1907 weniger gebaut worden als im Vorjahre.

Die Kosten des hohen Baubausens haben die Arbeiter tragen müssen. Nicht bloß die Wohnhausneubauten sind in der Zahl zurückgegangen, sondern auch die der sonstigen Gebäude. Die Gesamtzahl aller Bauten ergibt das. Im April 297 gegen 476, Juni 293 gegen 476, Juli 289 gegen 491 Bauten. Dieser Unterschied fällt in die Augen. Ueber die Tätigkeit der Ortsverwaltung ist folgendes zu sagen: Wie erkennen an, daß der vorliegende Jahresbericht mit großer Sorgfalt ausgearbeitet ist und alles umfaßt, was für die Mitglieder, und nicht allein für diese, auch für andere nützlich ist. Betreffs der Mitgliederbewegung schließt so günstig wie in den Jahren 1906 und 1907 der Zweigverein Breslau im Jahre 1907 nicht ab, und zwar infolge der Arbeitslosigkeit. Ende 1906 zählte der Verein etwa 3000 Mitglieder, gegenwärtig aber nur 2127. Die Ortsverwaltung hat es an Mühe nicht fehlen lassen, sie ist aber besonders in ihrer Bestrebungen im Stich gelassen worden.

Das Kapitel im diesjährigen Bericht behandelt die „Arbeitsmethode“ eines Arbeitssystems, das in Breslau im Jahre 1896 für die Kalk- und Ziegelwerke eingeführt wurde, dürfte in keiner anderen Stadt des Deutschen Reichs anzutreffen sein: „Das Tragen der Steine und des Mörtels auf dem Kopfe“. Man behauptet zwar, daß in Obereschlesien sogar Frauen den Mörtel auf dem Kopfe tragen und daß in einigen Gebirgsgegenden die Waren in derselben Weise befördert werden; wenn das auch Tatsache ist, so erscheint damit das System, schwere Lasten auf dem Kopfe zu tragen, wie unsere Breslauer Stein- und Mörtelträger solche die steile Leiter hinaufzuführen, keineswegs gerechtfertigt.

Der Vorstand hat es sich angelegen sein lassen, über die Frage des Kopftragens ärztliche Gutachten einzuholen. Es ist interessant zu hören, wie die medizinische Wissenschaft darüber denkt. Der Raum verbietet uns, die Gutachten wörtlich wiedergeben, wir können uns nur auf das Allgemeine beschränken. Ein Arzt sagt:

„Das berufsmäßige Tragen schwerer Lasten auf dem Kopfe hat bei Individuen von 17 — 25 Jahren keinen schädigenden Einfluß auf das Gehirn, in diesem Alter ist die Schädeldecke bereits so weit verdickt, daß ein auf sie ausgeübter Stöß, nicht gewalttätiger Druck auf das Gehirn nicht mehr wirken kann, vorausgesetzt, daß man es mit gesundem Knochen zu tun hat. Anders liegen die Verhältnisse bei einer Erkrankung des Knochen Systems, dann aber müßte sich am Schädel irgendwelche Missbildungen nachweisen lassen.“

Ein anderer Arzt sagt, daß diese Art des Lastentragens gegen das Tragen auf dem Rücken Vorzüge hat, andererseits erkennt er jedoch nicht, daß das gewerbmäßige tägliche Tragen schwerer Lasten auf dem Kopfe umgebend hygienische Nachteile zeitigt. Ein dritter Arzt verbreitet sich im allgemeinen über das Gebiet der Arbeiterhygiene. Obwohl dieses Gebiet ein sorgfältig gepflegtes ist, und dank der fortschreitenden Wissenschaft und unablässigen Forschung schon so manche bahnbrechenden Erzeugnisse hervorgebracht hat, so geht es doch noch recht viel zu erlangen, was für die Erhaltung und Pflege der Gesundheit der Arbeiterklasse in ihren einzelnen Berufs- und Gewerbeten von großer Bedeutung ist. Diese Worte finden insbesondere auch auf das Baugewerbe sinnvolle Anwendung. Man weiß, daß die Schutzvorrichtungen und die prophylaktischen Maßnahmen nicht auf der Höhe der Volkswirtschaft stehen, welche zur Verbesserung von Umständen notwendig sind. Zur Frage selbst äußert sich der Arzt, daß, wenn auch ein nachteiliger Einfluß auf das Gehirn und die geistige Tätigkeit nicht erwiesen ist, es sich doch verlohne, nach dieser Richtung hin weitere Beobachtungen zu machen und statistisches Material zu sammeln, um auch hier Remedur zu schaffen. Mit vollem Recht betont der Vorstand, daß nicht alle Stein- und Mörtelträger sich in einem gesunden Zustand befinden, wie die Ärzte voransetzen, die Intensivität der Arbeitsleistung, das Husten bei der Astorarbeit schädigt die Gesundheit ungemessen, das wird von allen Ärzten ausgegeben, und so ergibt die Warnung an die Kollegen, mit ihren Kräften, ihrer Gesundheit Maß zu halten. Im besten Wärmesalter sinken die Steinträger ins Grab. Bei der Astorarbeit, das ist allbekannt, bleibt nur dem Unternehmer der Profit.

Wenn auch im abgelaufenen Vereinsjahr größere Lohnbewegungen nicht stattgefunden haben, so doch eine Anzahl kleinerer, deren Erledigung der Ortsverwaltung oblag. Es mußten Sperren über Bauten verhängt werden, weil die tariflichen Bedingungen nicht eingehalten worden sind. Auch die Behandlung der Unternehmer und Poliere ließ so manches zu wünschen übrig. Es gelang, die Streitigkeiten in den meisten Fällen zur Zufriedenheit der Beteiligten beizulegen. Der Bericht lautet, daß nicht überall die tarifliche Arbeitszeit eingehalten worden sei, anstatt 9 1/2 sind 10 bis 11 Stunden gearbeitet worden. Unter diesen Umständen wurde es den Verbandsfunktionären sehr schwer gemacht, für bessere Arbeitsbedingungen einzutreten. Die Schlichtungskommission ist einige Male zusammengetreten und zwar lagen Beschwerden gegen die Arbeitgeber vor. Ausschließlich waren es Lohnforderungen, und aus der Tatsache, daß in allen Positionen die Kommission zu Gunsten der Arbeitnehmer entschieden hat, ist zu erkennen, daß die Beschwerden gegen die Unternehmer gerechtfertigt waren. Ueber den Arbeitsnachweis, der sich in Händen der Arbeitgeber befindet, wird jammere Klage erhoben, er bereitet den Arbeitssuchenden große Schwierigkeiten, die Arbeitgeber benutzen ihn als Mittel, ihnen unbenutzt gebliebenen Positionen auszuwerzen, er ist weiter nichts als ein Maßregelungs-Faktum.

Ueber die Rechnungsführung ist folgendes zu sagen, durch die Abnahme des Mitgliederbestandes haben sich auch die Einnahmen naturgemäß verringert. Nach allen Ausgaben hatte die Hauptkasse eine Nettoeinnahme von 25.274,15 Mk., 6052,63 Mk. weniger als im Vorjahre. Die Vorkasse vereinigte pro 1907 23.295,83 Mk. und verbrauchte 17.533,35 Mk., mithin bleibt ein Bestand für 1908 von 5752,38 Mk., davon sind 5330,00 Mk. einbehalten angelegt. Die Pagarbank hatte eine Einnahme von 5473,73 Mk. und eine Ausgabe von 1312,40 Mk. Bestand 4161,39 Mk., bei der Bank 3000 Mk. hinterlegt. Unter den Mitgliedern gibt es noch gar viele, die den Ernst der Situation nicht erfasst haben, die dem Verbands den Rücken kehren, wenn sie sich mit dem einen oder anderen Kollegen nicht vertragen können, oder wenn sie meinen, der Vorstand habe ihnen nicht zu ihrem Recht verholfen. Soll aber die Organisation bestehen und das wünschen wohl alle Mitglieder, dann muß Disziplin und Regelmäßigkeit herrschen. Die persönlichen Gehältnisse müssen schwinden und den Anordnungen der Ortsverwaltung muß Folge geleistet werden. Nur die Arbeitgeber haben ihre helle Freunde, wenn die Verbandskollegen unter sich uneinig sind.

Der Hausbesitzer Hubert Matichkowsky auf der Schulstraße Nr. 19 teilt uns mit, daß er nur für sich und sein eigenes Haus, und nicht für andere gearbeitet habe und zwar, weil er seinem Arbeiter eine Zeitlang mit der Arbeit habe aussetzen müssen. Diejenigen, die sich über ihn beschwert, haben ihm also Unrecht getan

und es wäre sehr gut, wenn dieser Fall dazu beitragen möchte, daß man mit Anschuldigungen gegen seinen Leben Nächsten etwas vorsichtiger verfährt. Es ist im höchsten Grade verdammenstwert und gar nicht zu rechtfertigen, wenn sich erwachsene Leute ihre Handlungen von Reib und von der Willkür diktiert lassen. Was in aller Welt geht es seine Nachbarn und Mitbewohner an, wenn ein Hausbesitzer (der doch als Hausbesitzer nicht ohne weiteres und immer Millionär sein muß) in seiner freien Zeit auf seinem eigenen Grund und Boden nur für seinen Vorteil irgendwelche Arbeiten ausführt? Namentlich Sozialdemokraten sollten über derartige Ungezogenheiten erhaben und viel zu tolerant sein, sich mit derartigen Klein- und Kleinlichkeiten abzugeben. Die Arbeiter haben für Willkür zu kämpfen als für das Nichtarbeiten irgend eines Bräutigams und sie bringen ihre Bestrebungen durch solche Vorkommnisse nur in schlechten Ruf. Und das ist ebenso schlimm, als wenn sie die Sache der Arbeiter offen bekämpfen. Also: Etwas mehr Bescheidenheit den Mitmenschen gegenüber, etwas mehr Toleranz und etwas mehr Verständnis für die Aufgaben des Tages!

**Zur Beachtung bei Vergebung von Buchbinderarbeiten.** Die organisierten Buchbinder Breslaus haben jetzt erreicht, daß 28 Firmen den Tarif durch Unterschrift anerkannt haben. Die Namen dieser Firmen sind: R. Blasko, B. Gellin, E. Händel, B. Hergelshofer, P. Komet, A. Brest, W. Leopold, R. Wolf, Radt, A. Wulle, Barack u. Schindler, D. Gutschmann, F. W. Jungler, H. Proskauer jr., Th. Schatz, G. Schenklomsky, S. Schottländer, Schell, Buchdr.-Genossenschaft, Scheiner u. Weinede, Preis. Genossenschaft-Buchdruckerei, Altmann u. Friebe, B. Kusbach, B. Weede, A. Hillen, Kutzner u. Unger, C. Dölfer, Fingerhut und Co., J. Hofardt, Schell, Feuer-Vericherung. Die Organisation bittet sämtliche Arbeiter-Vereinigungen und Arbeiter selbst sowie die Krankenkassen etc., die Buchbinder- und ähnliche Arbeiten zu vergeben haben, nur die obigen Firmen zu berücksichtigen. Es ist die Beobachtung gemacht worden, daß die Bibliothekare und andere Vereinsfunktionäre ihre Aufträge vielfach an solche Firmen gaben, die den organisierten Arbeitern bei der Einführung des Tarifs fortwährend die größten Hindernisse in den Weg legen.

**Der Streik im Holz- und Stalling.** In der Breslauer Fleischerzunft ist es noch immer heftig, Ursache ist einmal der vielgenannte „goldene Ochse“, welcher und dann das Innungshaus zum „Deutschen Kaiser“ auf der Friedrich-Wilhelmstraße. Letzteres hat etwa 1.600.000 Mark gekostet und die Innung in finanzielle Schwierigkeiten gebracht, die der Vorstand zum Verkauf des „goldenen Ochsen“ veranlaßte. Am 29. Oktober fand eine Sitzung der sogenannten Biergärerkommission statt, in der man sich mit jenen unliebsamen Dingen beschäftigte. Damals war das der Innung günstige Wüchsen Urteil in der „goldenen Ochse“-Sache noch nicht ergangen. Die aus den jüngeren Mitgliedern der Innung bestehende Opposition, vertrat die Ansicht, daß der Innungsvorstand alle Prozeßkosten selbst tragen müsse, da er den Verkauf des „goldenen Ochsen“ in absehbarer Zeit beschlossen habe. Das brachte die Vorstandsmitglieder in große Erregung und sie stellten die Niederlegung ihrer Ämter in Aussicht. Die Opposition ließ sich durch diese Erklärung aber nicht verblüffen, die Angriffe wurden vielmehr in verschärfter Form fortgesetzt. Der Fleischermeister Richard Fiedler erhob sogar die Forderung, daß der Obermeister August Becker und auch die übrigen Vorstandsmitglieder beim Bau des Innungshauses in ihre Taschen rümpeln sollten. Dieser Vorwurf wurde von der Opposition und dem Vorstand als unzulässig abgelehnt. Am 28. Januar fand die erste Verhandlung statt, die zu einem Vergleich unter Vorbehalt führte. Der Innungsvorstand war mit dem Vergleich einverstanden und hoffte jetzt auf Frieden in der Innung. Fiedler dagegen wurde von seinen Oppositionsfreunden verhöhnt, weil er so nachgiebig gewesen, weshalb er den Vergleich widerrief. Die Sache hat also das Schöffengericht nicht abermals beschäftigt. Dabei wurde Fiedler zu vierzig Mark Geldstrafe verurteilt. Obermeister Becker wurde der Beleidigung für schuldig, jedoch für straffrei erklärt. Die Kosten müssen beide Teile zur Hälfte bezahlen.

**Einem Seine-Abend veranstaltet der Bildungsverein der Breslauer Arbeiter am Sonntag, den 16. Februar, Nachmittags 4 1/2 Uhr, im Saale des Gewerkschaftshauses.** In dem reichhaltigen Programm sind Lieder, Chorgesänge und Rezitationen von Gedichten Heinrich Heines vorgesehen, der sich in der Arbeiterwelt von jeher einer großen Beliebtheit erfreut hat. Außer den Mitgliedern des Arbeiter-Sängerbundes werden Künstler und Künstlerinnen von Beruf das ihre zum Wohlgefallen der Veranstaltung beitragen. Der Eintrittspreis ist nur auf 20 Pfg. festgesetzt worden. Programme, die sämtliche Liedertexte enthalten, sind im Parteisekretariat, in der Expedition der „Vollmacht“, im Arbeitersekretariat und im Gewerkschaftshaus, sowie bei den Bezirks- und Distriktsführern und in den Bureaus der Gewerkschaften zu haben.

**Die Gesellschaft für soziale Reform** veranstaltet Montag, den 17. d. M., Abends 7 1/2 Uhr eine öffentliche Versammlung im großen Saal des Kaufmannsheim, Schulstraße 50/51, in welcher der Vortragsthema über „Gewerbliche Arbeitskämpfe“ mit einem Vortrag des Herrn Oberlehrer Hoffmann, hier, über die Organisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer fortgesetzt wird. Nach dem Vortrage ist Gelegenheit zur Diskussion gegeben.

**Einem interessanten Abend** veranstaltete Donnerstag im großen Konzertsaale der Humboldt-Verein für Volksbildung. Auf den Bergen nannte sich die gelungene Veranstaltung: „Familiäre Darbietungen waren dem Namen geschmackvoll angepaßt. Ein Waldhorn-Quartett spielte Lieder aus den Bergen, Herr Otto Gerlach und Fraulein Decarli vom Volkstheater regierten die Bergluft und Bergeslust atmende Gedichte, Fraulein Karlins vom Volkstheater sang entzückende Weisen mit Jodler, die Frau Kapellmeister Fabian auf dem Instrument der Bergbewohner, der Jodler, mit künstlerischer Vollendung begleitete und zum Schluß gab es einen von sechs Damen schicht gelangten Gebirgslieder, der ebenso wie die anderen Darbietungen, großen Beifall erntete.

**Vollheim des Humboldt-Vereins, Adm. Heintz. 31, 1.** Sonntag, den 16. Februar, Abends 6 Uhr findet ein Vortrag des Herrn stud. phil. Hans Dirsch: „Bilder aus dem amerikanischen Leben“ statt. Eintritt frei!

**Zahlreiche Einbruchsdiebstähle** bilden gegenwärtig bereits wieder das Kennzeichen der niedergehenden Konjunktur. Aber nicht immer sind es wirkliche Spitzbuben, die „Einbrüche“ verüben, vielmehr gibt es auch Leute, die jetzt die beste Gelegenheit für gekommen erachten, sich durch „Diebstähle“ in der eigenen Wohnung zu bereichern. So mancher behändige Epischer, der ehrenwert in die Welt hineinschaut, zahlt nur sehr ungern die Prämie auf die eingegangene Einbruchversicherung unkonst, und wenn sich kein Spitzbube findet, kommt er schließlich auf den Gedanken, bei sich selbst einzubrechen, um in den Besitz der Versicherungssumme zu gelangen. Aber auch Hausdiebe verfahren sich darauf, Einbrüche zu fingieren, um den Verdacht von sich abzulenken. Offenbar aus polizeistatistischen Quellen erfährt die „Schlesische Zeitung“ hierüber zwei charakteristische Fälle. Darnach ermittelte ein fleißiger Obsthändler vor längerer Zeit die Meldung, daß sein Geldschrank erbrochen wurde und den Dieben eine Summe von 11.500 Mark zugefallen sei. Die angestellten Ermittlungen bei den in Betracht kommenden Gesellschaften ergaben aber, daß er sich erst ganz kurze Zeit vorher mit 10.000 Mark versichert hatte. Die an der Tür des Geldschanks gefundene Arbeit (um das Schloß waren 56 Löcher gehöhrt worden, damit die ganze Fläche mit dem Stemmeisen herausgerennt werden konnte) mußte mindestens eine Zeit von 5 bis 6 Stunden beansprucht haben, während dem Einbrecher nach den angestellten Ermittlungen zur Ausführung der Tat nur etwa 2 bis 3 Stunden zur Verfügung gestanden hätten. Der angeblich Verhaftete wurde nun als der Tat verdächtig in Untersuchungshaft genommen und trotz seines fortgesetzten Leugnens vóllig überführt. Er hatte das Verbrechen nach und nach sorgfältig vorbereitet, um in den Besitz größerer Geldmittel zu gelangen. Fingierte Einbruchsdiebstähle sind also den Verleumdungen und Falschbehörden als eine ganz besondere Spezialität bekannt. Als ein andermal bei der Kriminalpolizei die Anzeige erstattet wurde, daß der Schreiber in der Wohnung eines reichen Herrn erbrochen und beraubt worden sei, wollte der Bescholtene dem recherchierenden Beamten durchaus nicht glauben, daß nur ein Hausdieb in Frage kommen könne; die eine Hälfte der Balkontür war nämlich ausgehoben worden, und dadurch sollte der Weg bezeichnet sein, den der Verbrecher genommen hatte. Zufällig war aber die Tür zur damaligen Zeit stets verschlossen gehalten worden, und weil niemand imstande ist, die Hälfte einer verschlossenen Tür aus den Angeln zu heben, war es erwiesen, daß ein Scheinmörder vorlag. Es kamen nun der Diener und die Köchin des Hauses in Betracht; da aber der Diener beide als nicht verdächtig bezeichnet hatte, wandte sich der Beamte einfach an den Diener, bezeichnete ihn als den Dieb und forderte energisch die Herausgabe der gestohlenen hohen Geldsumme. In seinem Gewahrjam waren nur 40 Mark aufgefunden worden, nach längerem Jögern aber holte er schließlich den Rest, der im Kubert auf einem Bordbrett im Zimmer lag, herbei und gestand die Tat reumütig ein.

**Einbruch.** In der Nacht zum 12. d. M. wurde ein Einbruch in ein Kontor auf der Goethestraße verübt. Der Täter ist durch eine offene Kellertür an die Tür des Bekleidungsgebüdes gelangt. Diese und die nach dem Kontor führende Tür wurden gewaltsam geöffnet. Das Schloß des Geldschanks wurde stark beschädigt, leistete aber genügenden Widerstand. Ohne Beweise jag der Täter wieder ab. Vermutlich wird sich dem 8. d. M. das 12 Jahre alte Mädchen Maria Müller, welches bei einer Familie, Friedrichstraße 94, in Pflege war.

**Kleine Unfälle.** Auf einer Wiese am Ausgang der Logenstraße stand eine Gartenlaube. Diese wurde am 11. d. M. durch noch nicht schulpflichtige Kinder in Brand gesetzt und brannte vollständig nieder.

**Diebstähle.** Von Häusern auf der Koschowitzstraße und Nebengasse wurden zahlreiche Meter Zinkblech gestohlen. Einem Schmal wurde auf der Reuschstraße ein Fahrrad Marke „Elite“ gestohlen.

**Besonnenen** wurde ein Arbeiter, der für eine Firma an einer Kasse 21,40 Mk. einlieferte, das Geld aber veruntreut hatte. Ferner wurde ein Arbeiter verhaftet, der in einer Destillation einem Kollegen die letzten 90 Pfennige entwendet hatte.

**Schwindler.** Am 12. d. M. kam in die Wohnung eines Hausbesizers auf der Mathiasstraße ein Mann, der sich als Postassistent aus Bromberg vorstellte und ein möbliertes Zimmer mieten wollte. Es wurde ihm ein Zimmer gezeigt, das er als seinem Geschick entsprechend bezeichnete. Nach kurzem Aufenthalt ließ er sich die Schlüssel geben und enterrate sich, um sein Gepäck zu holen. Er kam nicht mehr wieder, dagegen entdeckte man, daß er aus einer Schreibstiftschublade 60 Mark gestohlen hatte. Der Mann war mit grauem Anzug und schwarzem Ueberzieher bekleidet.

## Aus Schlesien und Posen

### Das verlorene Ideal.

Neulich hatten wir aus Posen einen Bericht gebracht, der anerkennend erwähnt, daß auf den großen Neubauten am Berliner Tore seitens der Stadt der Versuch gemacht worden ist, durch Errichtung von Bau-Kaffee- und Speiseküchen den dort beschäftigten Bauarbeitern die Erlangung warmen Kaffees und warmer Speisen gegen mäßiges Entgelt zu ermöglichen. Selbstverständlich hatten wir auch Kritik geübt, insofern sie uns angebracht erschien. Wie sagten:

„Direkt häßlich wirkt jedoch die Begründung dieser Einrichtung: „Um den Alkoholmißbrauch auf den Arbeitsstätten zu bekämpfen.“ Das heutzutage auf den Bauten übermäßig Alkohol genossen wird, ist längst in das Reich der Fabel zu verweisen. Denn eine Flasche Bier im Sommer oder ein Schnäpschen im Herbst oder Winter zum Frühstück oder zur Vesper ist doch gewiß noch nicht als Alkoholmißbrauch zu bezeichnen und ist den Bauarbeitern, die allen Unbilden der Witterung ausgesetzt sind, wohl zu gönnen — wenn diese Flasche Bier oder das Schnäpschen wirklich genommen werden, denn in den meisten Fällen wird auch dies nicht der Fall sein. Uebrigens fragen wir, warum man bei der Bekämpfung des Alkohols immer und immer wieder auf den Arbeiter zurückgreift. Von allen Gesellschaftsklassen trinkt wohl gerade der Arbeiter am wenigsten Alkohol. Warum bekämpft man den Alkoholgenuß nicht bei den „besseren“ Bürgern, den Offizieren, Studenten, Lehrern, Geistlichen und vor allen den Beamten? Hier würde man ein weit dankbarer Feld zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs finden, als bei den Arbeitern, bei denen heute schon in trefflicher Weise dafür gesorgt wird, daß ihm zum Alkoholgenuß einfach gar kein Geld bleibt.“

Diese klaren und wahren Worte erregen nun das Mißfallen des Organs der evangelischen Arbeitervereine, nämlich der „Arbeit“. Der Artikelschreiber begibt sich unsere Partei der „Massigen Einseitigkeit“, wir nähmen gar nicht ernstlich den Kampf gegen den Alkohol auf. Wer das schreibt, weiß eben nicht, was in unserer Partei vor sich geht. Noch auf dem Parteitage in Essen 1907 haben wir eine scharfe Resolution gegen den Alkohol gefaßt und danach wird überall gehandelt. In der Bekämpfung des Alkoholismus nehmen wir es getrost mit jeder Partei auf. Aber freilich, wenn man dem Arbeiter immer wieder mit hochtönenden Phrasen kommt, daß er gewissermaßen die Hauptschuld an seinem Elend trägt, dann dürfen wir auch einmal den Arbeiterfanden zureufen, vor der eigenen Tür zu stehen. Erst vor einiger Zeit haben wir aus einer Statistik erfahren, daß relativ und absolut die Studenten am Alkoholgenuß am meisten beteiligt sind, also diejenige Gruppe von Menschen, die später in hohen Staats- und Verwaltungämtern über die Arbeiter zu Gericht sitzt. Gewiß haben auch Lehrer, Philosophen, Studenten etc. Absinthenhereine gegründet, das haben wir nie bestritten. Darum dreht sich aber gar nicht der Streit. Nicht der angebliche Materialismus ist es, der die Arbeiter zum Trinken von Alkohol zwingt, sondern die herrschende Klasse, die die Arbeiter ausbeutet. Der organisierten Arbeiterklasse ist der Idealismus wahrhaft nicht abhanden gekommen, wie man es ihr immer wieder vorwirft. Im Gegenteil! Sie lehnt es eher auch ab, sich von sogenannten Arbeiterfanden und Arbeiterfanden ein anderes „Ideal“ aufschwätzen zu lassen.

**Delz, 14. Januar.** Die Infuenza ist hier in einer auffallend epidemischen Weise in die Erscheinung getreten. Das königliche Lehrerseminar, die Seminar-Präparanden-Anstalt und die Lebnasschule sind wegen zahlreicher Erkrankungen von Schülern an Infuenza und ähnlichen Erkrankungen bis einschließlic Mittwoch, den 19. Februar, geschlossen worden. Von 277 Schülern aller drei Anstalten fehlten am 10. d. M. über die Hälfte. Dieser Vorfall ist um so auffälliger, als die In-

Kamp in Dels ... besonders verbreitet ist und die anderen Lehren ...

14. Februar. Von Sch ... wurde der ...

12. Februar. Wir berichteten ...

Die Begründung ...

14. Februar. St. Elm ...

13. Februar. Die ...

13. Februar. Rieder ...

13. Februar. Die ...

13. Februar. Von der ...

13. Februar. Die ...

12. Februar. Die ...

12. Februar. Die ...

13. Januar. Ein ...

13. Februar. Die ...

13. Februar. Die ...

ter Lage zu verschaffen ...

Meine provinzielle Nachrichten.

Umweil Wittgenborf bei ...

Aus den Berichtsfäden.

Der Bombenlöffel. Vor dem ...

Freund Alkohol. Am 20. ...

Ein militärischer ...

Briefkasten.

Sprechstunden der ...

13. Februar. Die ...

13. Februar. Die ...

13. Februar. Die ...

13. Februar. Die ...

13. Februar. Die ...

13. Februar. Die ...

13. Februar. Die ...

13. Februar. Die ...

13. Februar. Die ...

13. Februar. Die ...

13. Februar. Die ...

13. Februar. Die ...

13. Februar. Die ...